



Viele Anleger haben mit den Immobilienfonds schmerzliche Verluste erlitten. (Archivfoto)



In Mecklenburg-Vorpommern wollen geprellte Anleger zweier insolventer Immobilienfonds der Volkssolidarität versuchen, vor Gericht wenigstens einen Teil ihres Geldes wiederzubekommen. Zur Vorbereitung von Musterklagen plant eine Gruppe von Anlegern eine Geschädigten-Gemeinschaft. "Dies ist ein Hebel, den wir ansetzen müssen", sagte am Dienstag der Chef der Neuen Verbraucherzentrale in Rostock, Jürgen Fischer. Mehr als 80 meist ältere Investoren waren zu einem Informationstreffen im Rathaus der Hansestadt zusammengekommen. Der Verbraucherschützer sagte, er habe "große Zuversicht, dass auf dieser Strecke etwas läuft".

Die "besten Fälle" sollen vor Gericht

"Sofort Anfang des kommenden Jahres sollten wir starten", meinte der Berliner Fachanwalt Jochen Resch, der das Vorhaben unterstützt. Der Jurist schlug die Gründung eines Vereins vor, um Schadensersatzsprüche zu bündeln. Die "besten Fälle", in denen sich eine falsche oder fehlende Beratung vor der Anlage-Entscheidung nachweisen lasse, könnten vor Gericht kommen. "Die traurige Wahrheit ist: Ihr Geld ist nicht mehr da", sagte Resch den Anlegern. "Wir wollen uns aber nicht damit zufriedengeben, dass jetzt schon Schluss ist." Eine dauerhafte Interessenvertretung der Geschädigten biete mehr Chancen auf Rückerstattungen. Das Insolvenzverfahren könnte bis zu zehn Jahre in Anspruch nehmen.

Totalverlust statt Altersvorsorge?

Ende November 2009 waren die Anleger mit Insolvenzverwalter Herbert Hülsbergen bei einer ersten Sitzung der Gläubigerversammlung im Rostocker Landgericht aufeinandergetroffen. Die Anleger forderten dabei vehement eine Entschädigung für ihre Verluste. Hülsbergen machte ihnen aber keine große Hoffnung.

Es geht um sieben Millionen Euro

Die rund 1.400 vornehmlich älteren Anleger hatten insgesamt knapp sieben Millionen Euro eingezahlt. Den Betroffenen war neben guten Renditen eine bevorzugte Behandlung etwa in Altersheimen der Volkssolidarität versprochen worden. Anfang Juli 2009 war für die beiden Fondsgesellschaften der Kreisverbände Bad Doberan/Rostock Land und Mecklenburg-Mitte beim Amtsgericht Rostock Insolvenz beantragt worden.

Die Rostocker Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Ex-Geschäftsführer der Fonds. Sie wirft den Immobilienmanagern Anlagebetrug und Insolvenzverschleppung vor.